

«25 bis 30 Millionen hat man – nun ja – zum Fenster rausgeworfen»

Biozentrum Die Regierungsmitglieder Tanja Soland (SP) und Conradin Cramer (LDP) schlagen im Interview neue, sehr selbstkritische

Töne an und gestehen Versäumnisse ein – eigene und solche der Vorgängerregierung.

Katrin Hauser und Jan Amsler

Frau Soland, Herr Cramer, beim Bau des Biozentrums sind Dutzende Millionen Steuergelder wegen Fehlern dahingeschmolzen. Finden Sie es gegenüber der Basler Bevölkerung fair, jetzt den «Mehrwert» dieser Mehrkosten zu betonen?

Tanja Soland: (zögert) Ja. Wir sind in der Pflicht, aufzuzeigen, was wir für diese rund 100 Millionen Franken Mehrkosten bekommen haben. Was mit diesem Geld passiert ist. Der grösste Teil wurde für Sachen ausgegeben, die es brauchte und die den Wert des Gebäudes auf rund 400 Millionen Franken gesteigert haben. 25 bis 30 Millionen hat man aber wirklich – nun ja – zum Fenster rausgeworfen. Dieser Teil ergibt sich beispielsweise aus Bauschäden und Verzögerungen. Das hätte nicht passieren dürfen.

Conradin Cramer: Ich glaube, es ist auch wichtig, zu betonen, was für ein tolles Gebäude am Schluss für die Uni, die Forschenden und Studierenden entstanden ist. Das Biozentrum steht nun, es funktioniert und ist beliebt. Das ist auch ein Teil dieser Geschichte. Das heisst aber nicht, dass ich schönreden will, was falsch gelaufen ist. Oder versuche, einen Mehrwert zu kreieren, wo keiner ist.

Aber die Kommunikationsagentur Farner sagt, sie habe 2019 im Auftrag der Regierungen beider Basel den Begriff des Mehrwerts kreiert – wohl, um die Mehrkosten gegenüber der Bevölkerung positiver zu vermarkten.

Cramer: Das ist falsch. Wir haben Farner mandatiert, weil wir als drei verschiedene Akteure – Basel-Stadt, Baselland und die Universität – einheitlich kommunizieren und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen wollten.

Ihre eigenen Medienstellen wären damit überfordert gewesen?

Cramer: Ja. Es war eine absolute Krisensituation. Wir haben Farner nicht aus Imagegründen mandatiert, sondern weil wir verhindern wollten, dass aufgrund einer schlechten Kommunikation das Bauprojekt auf den letzten Metern scheitert.

Man hat ins Biozentrum auch zusätzliche Dinge wie ein Veloparking eingebaut, die man zwar jetzt als Mehrwert definiert, die aber in ihrer Summe aus dem genehmigten Budget fallen.

Cramer: Bei einem Forschungsgebäude, das über einen solch langen Zeitraum hinweg entsteht, muss es möglich sein, auf veränderte Anforderungen zu reagieren.

Dafür hätte man von Beginn weg mehr Reserven einplanen müssen.

Cramer: Selbstverständlich. Das ist eine offensichtliche und berechtigte Kritik. Daraus haben wir auch schon gelernt. Neu wird die Uni selbst dafür verantwortlich sein, im Budgetrahmen zu bleiben, wenn ihre Anforderungen an ein Gebäude über die Zeit hinweg wachsen.



Conradin Cramer und Tanja Soland bedauern, welchen Eindruck die Regierung bei der Auarbeitung des Baudebakels Biozentrum hinterlassen hat. Foto: Nicole Pont

«Ich finde, dass wirklich Fehlentscheide passiert sind. Das möchte ich hier festhalten.»

Tanja Soland

Er stand dem Lenkungsausschuss vor

Erziehungsdirektor Conradin Cramer hatte seit seinem Amtsantritt im Jahr 2017 auch den Vorsitz des Lenkungsausschusses Biozentrum inne. Damit war er direkt in die Affäre verwickelt. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, zu lange zugewartet zu haben, bis er reagierte. Gleichzeitig ist ihm zu attestieren, dass er griffige Massnahmen wie etwa eine Taskforce umgesetzt hat. Der 43-jährige Cramer hat in Rechtswissenschaften habilitiert. Er gehört der Partei LDP an. (jam/kha)

Herr Cramer, Ihr Vorgänger Christoph Eymann hat im Interview mit dieser Zeitung gesagt, niemand habe beim Projekt Biozentrum schludrig gearbeitet. Würden Sie diese Aussage unterschreiben?

Cramer: (zögert) Die Mitarbeitenden von Kantons- und Universitätsseite haben sehr verantwortungsvoll gearbeitet. Aber wir kennen alle diese Fälle von Subunternehmern beim Biozentrum – etwa die groben Fehler bei der Sanitärplanung –, wo selbstverständlich miserabel gearbeitet wurde. Aber klar: Auch beim Kanton ist nicht alles super gelaufen. Auch uns sind Fehler passiert.

Auch Ihnen persönlich?

Cramer: Ja, natürlich sind auch mir Fehler passiert. Ich habe 2017 ein schwieriges Departement übernommen mit vielen offenen Dossiers und mich dann informieren lassen, wie es um dieses Biozentrum steht. Seitdem war ich beim Biozentrum mit nichts anderem beschäftigt als mit Krisenbewältigung und dem Abwehren der Totalkatastrophe – nämlich dem Baustopp. Man musste schnell reagieren, und das haben wir mit dem Einsetzen einer Taskforce und anderen Massnahmen auch gemacht. Die parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) anerkennt dies auch, was fair ist. Aber klar: Im Nachhinein hätte ich Dinge anders

machen, vielleicht noch schneller reagieren, noch dezidierter agieren können.

Eymann hat in der BaZ vertieften Einblick in die Arbeit der höchsten Kontrollinstanz gegeben. Dieser Lenkungsausschuss, dem Eymann und später Sie, Herr Cramer, vorsassen, steht wegen mangelnder Aufsicht in der Kritik. Denken Sie auch, dass zu viele Menschen in der Verantwortung waren?

Cramer: Auf jeden Fall. Die Verantwortungen waren zu wenig genau definiert.

In der Wissenschaft nennt man das «Verantwortungsdiffusion»: Die Verantwortlichen hoffen jeweils auf die anderen, was zur Folge haben kann, dass die Arbeit am Ende dann von niemandem mehr gemacht wird. Was da hier so?

Cramer: (zögert) Ja, nun, das war von der Anlage her, wie das Projekt organisiert war, sicher so.

Hier wird es tricky. Wie konnten Sie vergangene Woche trotz dieser Einsicht vor Ihr Parlament stehen und behaupten, dass die Aufsichtspflicht immer zur Genüge wahrgenommen worden sei?

Soland: Wir haben im Nachgang der Grossratsdebate innerhalb der Regierung nochmals intensiv

diskutiert. Ich glaube, man kann unsere Aussage wirklich falsch verstehen. Fehlentscheide hat es gegeben. Wir haben diese Fehler einfach nicht dem Begriff «Aufsichtspflicht» zugeordnet. Die Mehrkosten und Verzögerungen sind weniger eine Folge der Fehlplanungen zu Beginn des Projekts.

Gehört es denn nicht zu einer Aufsichtspflicht, dass man kritische Voten von Projekt-involvierten ernst nimmt?

Cramer: Doch, selbstverständlich.

Das ist aber nicht passiert. Einige Beispiele: Der Bautreuhänder äusserte sich bereits 2010 kritisch über den Generalplaner, weil er so unerfahren ist. Im März 2012 warnte der Bautreuhänder, dass das Ausstattungsbudget knapp bemessen sei. Ende 2015 leitete der Generalplaner selbst eine Untersuchung bei seinem eigenen Projekt ein, ob die geforderten Standards erfüllt werden. Da hätte man doch eingreifen müssen.

Cramer: Für uns, die damals noch nicht involviert waren, ist es natürlich schwierig, das zu beurteilen. Zu den Vorfällen, die Sie hier schildern, sage ich: Möglicherweise hätte man zu diesem frühen Zeitpunkt noch anders reagieren können.

Kann oder muss sie? (Kurzes Schweigen) Cramer: Für uns ist das schwierig. Wir waren damals nicht dabei.

Das Parlament hat eine Million Franken gesprochen, um dieses

Sie vertrat in der Debatte die Position der Regierung

Finanzdirektorin Tanja Soland hat in der Grossratsdebatte zum PUK-Bericht die Position der Regierung vertreten. Diese Aufgabe wurde ihr zugeteilt, weil ihr Departement in dieser Angelegenheit schon eine externe Analyse in Auftrag gegeben hatte. Soland ist seit 2020 Regierungsrätin in Basel-Stadt und war insofern nur am Rande in das Baudebakele involviert. Die promovierte Juristin ist 47 Jahre alt und gehört der Partei SP an. (jam/kha)

Soland: Aber ich finde, dass wirklich Fehlentscheide passiert sind. Das möchte ich hier festhalten. Du sagst (an Cramer gewandt), die Regierung hätte es möglicherweise ändern können. Ich sage: Die Regierung hätte es ändern können. Wir haben auch schon Projekte begleitet, die wir als Regierung nochmals angeschaut und befunden haben: «Nein, so geht das nicht. Da müssen wir jetzt nochmals zurück.» Das kann eine Regierung.

Kann oder muss sie? (Kurzes Schweigen) Cramer: Für uns ist das schwierig. Wir waren damals nicht dabei.

Das Parlament hat eine Million Franken gesprochen, um dieses

Vorsitzender des Lenkungsausschusses ebenfalls zu lange warteten, bis Sie handelten.

Cramer: Das ist eine Kritik, die ich annehmen muss. Ich hatte am 8. Februar 2017 angefangen, kurz darauf waren Faschnachtsferien, und alle waren weg, dann stand im März die Lenkungsausschusssitzung an. Vielleicht hätte man dort noch aktiver und noch schärfer handeln müssen.

In diesem Aufsichtsgremium sassen Sie ja nicht allein. Warum hat keines der langjährigen Mitglieder dieses Lenkungsausschusses Alarm geschlagen?

Cramer: Diese Frage kann man sich stellen.

Offenbar hat sich niemand aus diesem Lenkungsausschuss verantwortlich gefühlt. Niemand hat aktiv Antworten von der Bauseite eingefordert, als man merkte, dass da ständig Probleme auftauchen und der Generalplaner offensichtlich überfordert ist. In der realen Welt war das Projekt am Abrutschen. Der Lenkungsausschuss aber hat davon nichts mitbekommen. Wie kann das sein?

(Schweigen, Soland und Cramer tauschen Blicke) Cramer: Ja, nun, als ich 2017 in den Lenkungsausschuss kam, war die Situation schon dramatisch. In diesem Moment die Struktur dieses Gremiums zu verändern und zu sagen «So, und jetzt übernimmt eine Person die Verantwortung», ist wohl nicht machbar. Das hätte man früher, als man sich noch in einer Schönwetter-Situation befand, tun müssen. Wir waren in der besagten Situation aber nicht dort. Wir beurteilen sie im Nachhinein. Das ist immer einfacher. Wir möchten es uns nicht so einfach machen, im Rückblick mit dem Finger auf unsere Vorgänger zu zeigen. Aber wir stellen fest: Der Regierungsrat – in welcher Zusammensetzung auch immer – hätte besser reagieren müssen.

Das tönt jetzt ja sehr harmonisch. Der frühere Präsident des Universitätsrats Ueli Vischer bezeichnete diese Finanzierungslösung im Nachhinein als «Sauerei». Herr Cramer, Sie müssen ihn massiv bezirzt haben, dass er dieser Vorgehensweise zustimmte.

Cramer: (schmunzelt) Das war eine intensive Zeit von Verhandlungen zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie der Universität. Man hat versucht, zusammen das Beste rauszuholen. Die Betonung liegt auf «zusammen». Das haben wir am Schluss auch geschafft.

Debakele schonungslos aufzuarbeiten. Dass dieses Kollegialitätsprinzip nun in die Vergangenheit zurückreichen soll, ist vor diesem Hintergrund seltsam.

Soland: Das ist halt einfach so, in einem gewissen Masse. Wenn man als Behörde denkt, fühlt man sich mitverantwortlich und auch mitschuldig. Jetzt sind wir verantwortlich. Wir müssen die Dinge jetzt ändern.

Als sich das Ausmass des Debakels zeigte, waren da Ihre Kolleginnen und Kollegen im Lenkungsausschuss überrascht?

Cramer: Ja, man hat nicht erwartet, dass jeweils immer das negativste Szenario eintritt. Das hat auch bei gestandenen Fachleuten zu einem gewissen Erstaunen und auch Entsetzen geführt. Wesentlich ist für mich aber auch hier, dass dies nicht paralysiert hat, sondern man Verstärkung von aussen holte, um die Katastrophe abzuwenden. Wir mussten den Baustopp verhindern, und immerhin das ist uns gelungen.

Herr Cramer, wie war das bei der Amtsübergabe: Hat Sie Herr Eymann als Ihr Vorgänger im Lenkungsausschuss auf die Probleme beim Biozentrum hingewiesen?

Cramer: Die Information ist hauptsächlich über die Mitarbeitenden gelaufen. Sehr schnell standen wir vor der Situation, dass man befürchten musste, dass es zu einer Katastrophe kommt, also zu einem Baustopp wie etwa beim Berliner Flughafen. Das zu verhindern, war unsere Hauptarbeit. Dabei sind sicher auch nochmals Fehler passiert, aber es ist uns gelungen, diese Katastrophe zu vermeiden.

Das ist auch gelungen, weil man 2019 eine Lösung gefunden hat, wie die Mehrkosten gestemmt werden können. Diese lautete: Die Uni übernimmt den grössten Teil und schiesst den Rest vor. Hat es damals eine Rolle gespielt, dass man auf diese Weise nicht vor den Basellbieter Landrat gehen musste, der einen Strich durch die Rechnung hätte machen können?

Herr Cramer, die PUK kritisiert, dass Sie als neuer

Cramer: Ja, das war der Hauptgrund.

Dieses Zugeständnis kommt jetzt aber überraschend.

Cramer: Wir haben gemeinsam entschieden, dass man zu diesem kritischen Zeitpunkt keine Parlamentsdebatte wollte, weil es das Risiko eines Baustopps barg, wenn auf einmal die Liquidität infrage gestellt wäre. Dann haben wir einen Weg gesucht und gefunden, der selbstverständlich korrekt war, den wir uns so aber auch nicht gewünscht hatten.

Nun besteht ein Risiko, dass die Uni auf den Mehrkosten sitzen bleibt.

Cramer: Beide Regierungen haben sich verpflichtet, diese Kosten beim nächsten Universitätsbudget voll zurückzuerstatten. Es besteht immer ein Risiko, dass die Parlamente einen Antrag der Regierung für zu hoch empfinden. Das ist bis jetzt bei der Universität aber zum Glück noch nie passiert.

Soland: Die Uni gehört schliesslich den beiden Kantonen. Darum ist die Sicherheit hier viel grösser als bei anderen Unterstützungsbeiträgen.

Das tönt jetzt ja sehr harmonisch. Der frühere Präsident des Universitätsrats Ueli Vischer bezeichnete diese Finanzierungslösung im Nachhinein als «Sauerei». Herr Cramer, Sie müssen ihn massiv bezirzt haben, dass er dieser Vorgehensweise zustimmte.

Cramer: (schmunzelt) Das war eine intensive Zeit von Verhandlungen zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie der Universität. Man hat versucht, zusammen das Beste rauszuholen. Die Betonung liegt auf «zusammen». Das haben wir am Schluss auch geschafft.

«Wir mussten den Baustopp verhindern, und immerhin das ist uns gelungen.»

Conradin Cramer

Aber die Uni ist damit ja nicht glücklich.

Cramer: Aus Sicht der Universität wäre es natürlich angenehmer gewesen, die Mehrkosten wären direkt von den Kantonen getragen worden. Aber Sie können mit jeder Vertreterin und jedem Vertreter der Uni reden: Es sind alle klar der Meinung, dass alles besser war als ein Baustopp. Klar haben nicht alle gebujelt, aber es ging nicht anders.

Ein Vorstoss im Parlament fordert nun, diese Finanzierungslösung rückgängig zu machen und sie neu über die Kantone aufzulegen. Sie könnten nun kurzfristig mehr Sicherheit für die Uni schaffen, wenn Sie

diesen Vorstoss unterstützen würden.

Cramer: Ich freue mich sehr, dass sich Leute im Grosse Rat so für die Uni einsetzen. Aber wir müssen jetzt schauen, wie wir das handwerklich gut abwickeln. Es ist auch zu bedenken, dass dies immer zusammen mit Baselland als dem anderen Trägerkanton anzugehen ist.

Sie zeigen sich hier in diesem Gespräch sehr viel selbstkritischer als vor einer Woche im Grosse Rat. In der Parlamentsdebatte hatte man den Eindruck, die Exekutive wolle sich aus der Verantwortung stehlen.

Cramer: Ich bedauere es ausserordentlich, dass der Eindruck entstanden ist, der Regierungsrat würde zu wenig Selbstkritik üben. Auch das müssen wir wohl auf unsere Kappe nehmen. Es ist aber nicht so, wie es ankam. Wir wollten immer schonungslose Transparenz darüber, was falsch gelaufen ist. Wir haben die Arbeit der PUK immer vorbehaltlos unterstützt.

Das kam bei der PUK nicht so an. Die Stellungnahme der Regierung – vorggetragen von Ihnen, Frau Soland – wirkte so, als ob die meisten PUK-Feststellungen schon längst bekannt wären und der Rest falsch.

Soland: Das war nicht der Gedanke. Wir wollten zum Ausdruck bringen, dass wir in den wichtigsten, den grössten Fehlern mit der PUK überein gehen.

Frau Soland, Sie haben in der Debatte ungewohnt teilnahmslos gewirkt. Wir hatten das Gefühl, dass Sie selber nicht wirklich hinter dem stehen, was Sie da vorgelesen haben.

Soland: Ich lese wahnsinnig ungerne vor. Ich hatte das Gefühl, mir Mühe gegeben zu haben. Aber was sicher missverständlich war und mir beim Vorlesen auf fiel, war dieser klare Satz, als es um die Aufsichtspflicht ging («Die Aufsicht war auf allen Ebenen gewährleistet, und sie wurde auch wahrgenommen»). Anm. d. Red.). Ich dachte mir: Das tönt irgendwie zu absolut. Wir hatten das nicht so gemeint.

— PUK: Der Grosse Rat von Basel-Stadt hat im Januar 2020 beschlossen, die Geschäftsprüfungskommission in der Biozentrum-Angelegenheit mit den Befugnissen einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) auszustatten. Das Parlament liess sich diese politische Aufarbeitung rund eine Million Franken kosten. Die PUK hatte zu untersuchen, wie es zu den massiven Kostenüberschreitungen und der zeitlichen Verzögerung gekommen ist. Sie wies in ihrem 317 Seiten schweren Schlussbericht 95 Fest-

Hatten Sie denn die Stellungnahme an diesem Mittwoch zum ersten Mal gelesen?

Soland: Nein, aber es ist immer anders, wenn man etwas laut vorliest. Irgendwie habe ich erst dann realisiert, wie der Satz wirkt.

Cramer: Man muss sich bewusst sein: Die PUK hat auch allfällige strafrechtliche Untersuchungen erwährt. Es ist auch unsere Aufgabe als Regierungsmitglieder, uns vor die Mitarbeitenden zu stellen und festzuhalten, dass hier keine Pflichten verletzt wurden. Es war uns aber immer ein Bedürfnis, mit der notwendigen Ernsthaftigkeit auf den PUK-Bericht zu antworten. Das ist leider anders rübergekommen und wurde teils so wahrgenommen, dass wir uns verstecken und arrogant auftreten würden. Ich bedauere das ausserordentlich. Auch das müssen wir bei einem nächsten Mal anders machen.

Die wichtigsten Begriffe



Mit vier Jahren Verspätung und rund 100 Millionen Franken Mehrkosten eröffnet: Das Biozentrum der Uni Basel. Foto: Dominik Püsch

— Biozentrum:

Ein 73 Meter hohes Laborhochhaus auf dem Schällemätteli-Areal. Es wurde für die Uni Basel gebaut, die von den beiden Kantonen Basel-Stadt und Baselland getragen wird. Der Neubau ist wesentlicher Bestandteil eines neuen Lifesciences-Campus in Basel. Das Gebäude wurde im September 2021 mit vierjähriger Verspätung offiziell eröffnet. Ursprünglich waren 327,6 Millionen Franken budgetiert, am Ende kostete der Bau gemäss den neusten Erkenntnissen um rund 100 Millionen Franken mehr.

— PUK:

Der Grosse Rat von Basel-Stadt hat im Januar 2020 beschlossen, die Geschäftsprüfungskommission in der Biozentrum-Angelegenheit mit den Befugnissen einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) auszustatten. Das Parlament liess sich diese politische Aufarbeitung rund eine Million Franken kosten. Die PUK hatte zu untersuchen, wie es zu den massiven Kostenüberschreitungen und der zeitlichen Verzögerung gekommen ist. Sie wies in ihrem 317 Seiten schweren Schlussbericht 95 Fest-

So ist und war der Lenkungsausschuss zusammengesetzt

— Der Vorsitz gebührt dem Vorsteher des Erziehungsdepartements: Alt-Regierungsrat Christoph Eymann, 2009–2017 / Regierungsrat Conradin Cramer, 2017 bis heute
— Den stellvertretenden Vorsitz hat die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Baselland inne: Alt-Regierungsrat Urs Wüthrich, 2009–2015 / Regierungsrätin Monica Gschwind, 2015 bis heute
— Die Universität Basel wird vom Vorsitzenden des Universitätsrats

stellungen und 56 Empfehlungen aus. Insbesondere bemängelte sie eine ungenügende Planung, eine unzureichende Wahrnehmung der Aufsichts- und Sorgfaltspflichten und ein unklares Prozedere bei der Übernahme der Mehrkosten.

— Lenkungsausschuss:

Das strategische Entscheidungsorgan und die höchste Kontrollinstanz bei der Planung und dem Bau des Biozentrums. Darin hatten zwei Regierungsmitglieder aus beiden Basel sowie der Präsident des Universitätsrats Einsitz. Der Vorsitz oblag dem Erziehungsdepartement Basel-Stadt.

— Vorfiananzierung:

Um die Finanzierung der Mehrkosten abzuwickeln, haben die Kantone Basel-Stadt und Baselland sowie der Universitätsrat beschlossen, dass die Uni die Mehrkosten vorfinanziert. Die Regierungen haben festgehalten, dass dieses Geld mit den Globalbeiträgen in der nächsten Leistungsperiode wieder zurückfliessen soll. Im Parlament gibt es Bestrebungen, diese Finanzierungslösung rückgängig zu machen und neu aufzulegen. (jam/kha)

vertreten: Ueli Vischer, 2009–2019 / Beat Oberlin, 2020 bis heute
— Des Weiteren ist die Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Baselland vertreten: Alt-Regierungsrat Jörg Krähenbühl, 2009–2012 / Alt-Regierungsrätin Sabine Pegoraro, 2012–2019 / Regierungsrat Isaac Reber, 2019 bis heute
— Und das Bau- und Verkehrsdepartement von Basel-Stadt: Alt-Regierungsrat Hans-Peter Wessels, 2009–2021 / Regierungsrätin Esther Keller, 2021 bis heute. (kha/jam)